

# Stettiner Zeitung.

## Morgen-Ausgabe.

Bearbeitet. Redakteur: R. O. Höller in Stettin.  
Verleger und Drucker: R. Graumann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis:  
im Sauerland monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.  
In Deutschland vierteljährlich 1 Mt. 50 Pf., mit Botenlohn 2 Mt.

Anzeigen: die kleinsten oder deren Raum im Morgenblatt  
15 Pf. im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

### Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten Leser, namentlich die auswärtigen, bitten wir, das Abonnement auf unsere Zeitung recht bald erneut zu wollen, damit ihnen dieselbe ohne Unterbrechung zugeht und wir fogleich die Stärke der Auflage feststellen können. Die reichhaltige Fülle des Materials, welches wir aus den politischen Tagesereignissen, aus den Kammer- und Reichstags-Berichten, aus den lokalen und provinzialen Begebenissen darbieten, die Schnelligkeit unserer Telegraphischen Depeschen (sach über den Schiffahrtsverkehr) und anderen Nachrichten, für deren schnellste Uebermittelung wir ein eigenes Bureau in Berlin errichtet haben, ist so bekannt, daß wir es uns verfügen können, zur Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas hinzufügen. Ebenso werden wir auch ferner für ein interessantes und spannendes Feuilleton Sorge tragen.

Der Preis der täglich zweimal erscheinenden **Stettiner Zeitung** beträgt in Deutschland auf allen Postanstalten vierteljährlich nur 1,50 Mark, in Stettin in der Expedition monatlich 50 Pfennige, mit Bringerlohn 70 Pfennige.

Die **Stettiner Zeitung** ist daher die billigste politische Zeitung, welche täglich zweimal und in einem so großen Formate erscheint und den Lesern eine solche von keinem andern hiesigen Blatte auch nur annähernd erreichte Fülle von Nachrichten bringt. Wir weisen auch noch besonders darauf hin, daß unsere **Stettiner Zeitung** die Nachrichten über die Berliner und hiesige Getreide-, Waren- und Fondsbörse bereits im Abendblatt des gleichen Tages veröffentlicht und diese Nachrichten daher den hiesigen und auswärtigen Interessenten auf das aller schnellste übermittelt.

### Die Redaktion.

### Der 22. März.

"Wo will der Himmel mit mir hin?" fragte Kaiser Wilhelm als Brinzenzug 1861.

Noch steht ein Echo in den Herzen nach Von Deutschlands wunderborem Jubelfest, Und wieder grüßen wir den Märcenzug Als unser Gottes freundlich Manifest.

Von einem Mann, den er begnadet hat Vor vielen — denn er war nach seinem Sinn, Einst ging gebeugt er manchen dunklen Pfad Und sprach: "Wo will der Himmel mit mir hin?"

Wohin? Ganz Deutschland weiß es, samt der Welt! Und die Geschichte frägl's bewundernd ein Gott hat auf solche Höhe ihn gestellt, Ein leuchtend Vorbild unserer Zeit zu sein!

Wohin der Himmel mit ihm wollte? Nun ist es ihm enthüllt im Reich der Werdlichkeit! Wir wissen's auch — sein frommes Erdtentum Soll Ehre werden für die Ewigkeit!

F. St.

E. L. Berlin, 21. März.

### Deutscher Reichstag.

#### 66. Plenarsitzung vom 21. März,

12 Uhr.

Das Haus ist überaus schwach besetzt.

Auf der Tagesordnung stehen sämtliche in der zweiten Lesung noch zu erledigende Etats-Reste.

Beim Reichsamt des Innern ist noch rückständig der Titel für den Bau eines Präsidial-Gebäudes für den Reichstag. Dem Antrage der Kommission gemäß wird der Titel widerpruchlos bewilligt.

Zum Etat des Allgemeinen Pensionsfonds beantragt die Kommission durch den Referenten Müller-Fulda eine Resolution: Den Reichs-Lanzler zu erlauben, über die Gründe der auffallenden Zunahme und Ungleichheit der in den einzelnen Kontingenten gewährten Invaliden-Pensionen dem Reichstag eine nähere Darlegung zugehen zu lassen.

Generaldirektor v. Viebahn sagt die gewünschten Auskünfte zu, zugleich bemerkend, daß in der Erteilung der Pensionen streng gesetzmäßig verfahren werde. Ein Hauptursache der Zunahme der Pensionen liegt in der steigenden Anspannung der Unteroffiziere.

Geh. Rat Groeber (Btr.) bezeichnet die Steigerung der Invalidenförderung von Mannschaften vom Feldwehr abwärts als eine doch sehr auffällige. S. B. bei den Feldwehrn selbst seit 6 Jahren 26 Prozent. Noch auffallender sei die Verschiedenheit bei den verschiedenen Kontingenten. Danach scheine das Gesetz doch nicht einheitlich angewendet zu werden.

Sächsischer Bevollmächtigter Graf Bischkuhn stellt hinsichtlich Sachsen eine Declaratio-

n in Aussicht.

Abg. v. Massow (kon.) führt die Zunahme der Invalidenförderungen zum Thell auf die zwijährige Dienstzeit zurück.

Die Resolution wird jedoch angenommen. Zum Etat des Invalidenfonds beantragt die Kommission eine Resolution betr. einer Nachtragsetat, um all n nach dem Gesetz von 1895 als Auswarter anerkannten Veteranen die Beihilfe von 120 Mark zu gewähren.

Abg. Singer, Geh. Rath Wackerapp, der

Abg. Graf Oriola (nl.) beantragt eine weitere Resolution betr. Verleugnung eines Gefeebeuhns Entschädigung für Nichtbenutzung des Zivilvertragsdeines und Belassung der vollen Militärrente neben d. v. Zivilrenteinkommen bzw. der Zivilpension. Auch sollte für die Renten bestrebt werden.

Abg. Graf Oriola verweist, seinen Antrag befürwortend, namentlich auf die berechtigten Wünsche der alten Kriegsteilnehmer, sowie auf die Wittwenpfosten in Frankreich, die für die Wittwen einfacher Soldaten dreimal so hoch seien, als bei uns. Was nothwendig sei auf diesem Gebiete, müsse gelingen. Reiche der Invalidenfonds dagegen nicht aus, so müßte, worin er Hammacher und Ritter, die dasselbe schon ausgesprochen, durchaus bestimme, das Erforderliche aus anderen Mitteln bewilligt werden. Glaube, darin sei der ganze Reichstag mit ihm einig.

Abg. Baumhak (Reichsp.) stimmt, wie der Resolution der Kommission, so auch derjenigen des Vorredners durchaus zu, vor Allem in Bezug auf die Versorgung der Wittwen.

Abg. Werner (Antis.) weist zur Empfehlung der Resolution der Kommission darauf hin, daß in seinem ganzen Bezirk, Kassel, nur ein einziger Invalid der vollen Zusatz von 120 Mark erhalte. Was sei das für eine ungerechte Vertheilung?

Abg. Graf Moon (kon.) führt aus, die Unzufriedenheit sei keineswegs stets eine berechtigte; es werde vielfach übertrieben. Man sollte doch bedenken, daß die Invaliden der Befreiungskämpfe mit einem Gnadenhöfer hätten vorliegen müssen. Demgegenüber seien doch jetzt die Zuwendungen an Invaliden sehr gewachsen. Es stimme ja den Wünschen der beiden Resolutionen gern zu, aber er erkenne nicht an, daß die Mittel des Invalidenfonds dafür nicht ausreichen. Jedenfalls müßten erst die Invaliden berücksichtigt werden, dann erst die Veteranden und Wittwen. Gegen die Landräthe, welche mangels verfügbarer Mittel für die Veteranden ihres Bezirks nicht durchweg den Zusatz von 120 Mark beschaffen, seien die Vorwürfe nicht angebracht, man dürfe nicht übersehen, daß die Umstände zuweilen schwierige seien.

Abg. Fricker (Btr.) erklärt, seine Freunde stimmen beiden Resolutionen zu, auch der Oriola'schen, wenn man sich auch nicht verbrechen dürfe, daß die leichtere erheblich weitergehende Mittel in Anspruch nehmen werde; so namentlich die Gleichstellung der Militärarbeiter im Kommunaldienst mit den anderen fünf bis sechs Millionen. Auf eventuelle Defizit durch eine Wehrsteuer (wie Werner und Baumhak dies vorher empfohlen) werde seine Partei sich aber ebenfalls festlegen lassen. Einstweilen reiche ja der Invalidenfonds und später werde man ja weiter sehen, wie Defizit zu beschaffen sei.

Abg. Prinz Carola (nl.): Die Ungleichheit, daß die Militärpensionen beim Kommunaldienst auf das Gehalt angerechnet werden, beim Staatsdienst nicht, muß unbedingt beseitigt werden. Vor Allem aber bedarf es neuer wohlwollender Bestimmungen darüber, inwieweit Krankheiten und Gebrüder als Folge der Anstrengungen im Kriege anzusehen sind oder nicht.

Es ist das nach so vielen Jahren nicht immer so leicht nachzuweisen. Zu erstreben sei auch die Entschädigung dieser, die sich durch Landwehrübungen beziehen.

Abg. Fricker (Antis.) tritt ebenfalls für die beiden Resolutionen ein.

Abg. Ritter (fr. Bg.): Die Regierung will die leichten Sommers und der letzten Wochen wären nur ein böser Traum. Als ob gar keine Gerichtsverhandlungen über diese Dinge stattgefunden hätten! Mögen die Gerichtsverhandlungen in der Presse auch kein genügendes Bild geben von den Verhandlungen vor Gericht, so läßt sich doch vielfach erkennen, daß vielfach Nebenfälle, die auf die Organisation zurückzuführen sind, Ursachen der Unfälle waren.

Man hat vielfach Betrachtungen über den Betriebsablauf festgestellt und denselben als einen sehr günstigen bezeichnet. Besser wäre es wohl, die Ursachen dieses günstigen Verhältnisses zu prüfen und die übermäßigen Erfahrungen zu bekämpfen. Der Minister habe von den Beamten behauptet, sie würden von Leuten aufgehalten, die mit dem Eisenbahndienste nichts zu thun hätten und davon nichts verstanden. Das ist eine ebenso ungutrechte Behauptung wie die von der Berliner März-Revolution: sie sei nur von Juden, Polen und hergelauenen Leuten gemacht worden. Der Minister kennt eben nicht das Werk von Schüttung, das in den Kreisen der Leute herrscht, die Jahre lang auf verantwortungsvollen Posten aushalten müssen, ohne festgestellt zu sein. Statt der Presse allgemeine Vorwürfe zu machen wegen ihrer Stellungnahme zu den Unfällen, sollte man ihr dankbar sein für die guten Vorschläge, die sie vielfach gemacht hat. Die Mängel in Bezug auf die Sonntagsruhe hat der Minister selbst anerkannt. Schließlich tritt Redner für eine Lösung der Wasserbau-Verwaltung vom Arbeitsministerium und für Errichtung eines selbständigen Wasserbau-Ministeriums unter Leitung eines Technikers ein.

Hierauf wird dieser Etat nebst beiden Resolutionen einstimmig genehmigt.

Bei dem Etat der reichsländischen Eisenbahnen beantragt die Kommission: durch Resolution den Reichskanzler darum zu eruchen, daß die Befestigung der Betriebssekretärsstellen nicht durch Ernennung neuer Betriebssekretäre verzögert werde.

Abg. Weibel (Szb.) bringt außer den Gehaltsverbesserungen namentlich noch zur Sprache, daß Betriebssekretäre wegen einer Petition bestraft worden seien. Es sei das eine Aufhebung des Petitionsrechts. Das dürfe der Reichstag unter keinen Umständen dulden. Und wer habe denn eigentlich angeordnet, daß die Namen sämtlicher Petenten aus den Akten des Reichstags der Verwaltung mitgetheilt seien?

Geh. Rat Wackerapp erwidert, die Bittschriften würden regelmäßig von der Petitionscommission zur Kenntnis der Verwaltung gebracht. Das müsse geschehen. Die Befestigung sei erfolgt wegen Disziplinarwidrigkeit in dem Ton der Bittschriften.

Minister Thiele äußert Bedenken gegen die Zweckmäßigkeit der im Reichstage angeregten parlamentarischen Untersuchungskommission. Das von den angelagerten Beamten viele freigesprochen werden, liegt in der Natur des Sache. Es muß der Staatsanwaltschaft von jedem Unfall telegraphisch Kenntnis gegeben werden; sie sammelt das zur Anklage Erhebung geeignete Material und wenn dann die Anklage zur Verhandlung kommt, ist gewöhnlich so lange Zeit verstrichen, daß der Thatbestand nicht mehr mit Sicherheit festgestellt werden kann. Die angebliche Erbitterung ist nur eine Folge der sozialdemokratischen Verhetzung unseres brauen Beamtenstandes.

Dass die Beamtenstellungen durch die Verstaatlichung erheblich besser geworden sind, ist eine unbekritische Thatache. Bei der kleinen hessischen Ludwigsbahn betragen die Gehaltsverhöungen zur Gleichstellung der Beamten mit den preußischen 1½ Millionen. Die Loslösung des Wasserbaus liegt augenblicklich dem Staatsministerium zur Beschlussfassung vor.

Abg. Ritter (fr. Bg.): findet die Unzufriedenheit namentlich der Unterbeamten bei den Eisenbahnen begreiflich; diese seien bei den vorjährigen Gehaltsaufbesserungen übergangen worden. (Sehr richtig!)

Abg. v. Geyern (nl.) erörtert den Wagenmangel und bestreitet namentlich die Möglichkeit

den vom Vorredner bestreiteten ungehörigen Ton der Bittschrift nachzuweisen sucht und außerdem für die Regierungskommission das Recht beansprucht, in den Kommissionen von den Petitionen der Militärsachen neben d. v. Zivilrenteinkommen zu jeder Beziehung vollständig Kenntnis zu nehmen.

Abg. Groeber: Ich muß dem doch widersprechen. Die Regierung hat keinesfalls ein absolutes Recht auf Einsichtnahme in die dem Reichstag gehörigen Akten. Der Reichstag hat selbstständig zu befinden, was der Kommission mittheilen will oder nicht. Ich kann nur annehmen, daß in diesem Falle nur aus Versehen auch die Unterlagen den Kommissionen mitgetheilt worden sind. Den Zug der Petitionen werden wir natürlich der Regierung mittheilen müssen, wenn wir von ihr Auskünfte verlangen. Wir werden gegen die Befreiung solcher Vorkommnisse Vorsorge treffen müssen. Wir werden sogar zur dritten Lesung einen Vorschlag einbringen dahin, daß auch in den Petitionsverzeichnissen bei den Petitionen von Beamten der Name des einen Hauptpetenten, der dabei angegeben zu werden pflegt, bestreift wird.

Was die Petitionen materiell anlangt, so glaube ich allerdings, daß die Petenten zu so scharfen Ausdrücken keinen Anlaß gehabt haben.

Abg. v. Moon erkennt die Regierung das Recht zu, bei solchen metallographierten Petitionen das Original einzusehen.

Damit schließt die Debatte.

Die Resolution der Kommission und der Etat werden angenommen, und die vorliegenden Petitionen nach den Vorschlägen der Kommission erledigt. Debattelos werden die Etats "Reichsschul" und "Reichsabsatzamt" erledigt.

Bei dem Etat "Bankwesen" (Eisenbahnen) erwähnt Abg. v. Arnim in der neu ermittelten Malerliste mit Reichsbanknoten in der Reichsdruckerei.

Staatssekretär v. Bodbielski erwidert, es handle sich um einen vereinzelten Fall. Durch eine Verkettung von Umständen sei es einem Oberfaktor gelungen, aus dem Ausschuss Noten von ehemaligem Papier und Druck zu entwinden. Die Nummern seien aber erst mit einer Handpresse aufgedruckt worden. Die Summe von Unfällen, die dabei mitgespielt, lasse es unwahrscheinlich erscheinen, daß mehr als ein solcher Fall vorliege.

In der Debatte betont Hamacher, die Kontrolle müsse doch eine sehr mangelhafte gewesen sein.

Der Etat wird genehmigt.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung morgen 1 Uhr.

Tages-Ordnung: Rechnungssachen. Postdampfer, dritte Lesung.

Schluss 6 Uhr.

E. L. Berlin, 21. März.

### Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

#### 52. Plenarsitzung vom 21. März,

11 Uhr.

Am Ministerium: Thiele.

Die Spezialberatung des Eisenbahn-Etats wird fortgesetzt. Die am Sonnabend abgebrochene Generaldebatte wird wieder aufgenommen.

Abg. v. Börmel (fr. Bg.): Wenn man die bisherigen Reden vom Ministerium überlegt, so möchte man fast glauben, die zahlreichen Unfälle des letzten Sommers und der letzten Wochen wären nur ein böser Traum. Als ob gar keine Gerichtsverhandlungen über diese Dinge stattgefunden hätten! Mögen die Gerichtsverhandlungen in der Presse auch kein genügendes Bild geben von den Verhandlungen vor Gericht, so läßt sich doch vielfach erkennen, daß vielfache Nebenfälle, die auf die Organisation zurückzuführen sind, Ursachen der Unfälle waren.

Man hat vielfach Betrachtungen über den Betriebsablauf festgestellt und denselben als einen sehr günstigen bezeichnet. Besser wäre es wohl, die Ursachen dieses günstigen Verhältnisses zu prüfen und die übermäßigen Erfahrungen zu bekämpfen. Der Minister habe von den Beamten behauptet, sie würden von Leuten aufgehalten, die mit dem Eisenbahndienste nichts zu thun hätten und davon nichts verstanden. Das ist eine ebenso ungutrechte Behauptung wie die von der Berliner März-Revolution: sie sei nur von Juden, Polen und hergelauenen Leuten gemacht worden. Der Minister kennt eben nicht das Werk von Schüttung, das in den Kreisen der Leute herrscht, die Jahre lang auf verantwortungsvollen Posten aushalten müssen, ohne festgestellt zu sein. Statt der Presse allgemeine Vorwürfe zu machen wegen ihrer Stellungnahme zu den Unfällen, sollte man ihr dankbar sein für die guten Vorschläge, die sie vielfach gemacht hat. Die Mängel in Bezug auf die Sonntagsruhe hat der Minister selbst anerkannt. Schließlich tritt Redner für eine Lösung der Wasserbau-Verwaltung vom Arbeitsministerium und für Errichtung eines selbständigen Wasserbau-Ministeriums unter Leitung eines Technikers ein.

Hierauf wird dieser Etat nebst beiden Resolutionen einstimmig genehmigt.

Bei dem Etat der reichsländischen Eisenbahnen beantragt die Kommission: durch Resolution den Reichskanzler darum zu eruchen, daß die Befestigung der Betriebssekretärsstellen nicht durch Ernennung neuer Betriebssekretäre verzögert werde.

Abg. Weibel (Szb.) bringt außer den Gehaltsverbesserungen namentlich noch zur Sprache, daß Betriebssekretäre wegen einer Petition bestraft worden seien. Es sei das eine Aufhebung des Petitionsrechts. Das dürfe der Reichstag unter keinen Umständen dulden. Und wer habe denn eigentlich angeordnet, daß die Namen sämtlicher Petenten aus den Akten des Reichstags der Verwaltung mitgetheilt seien?

Geh. Rat Wackerapp erwidert, die Bittschriften würden regelmäßig von der Petitionscommission zur Kenntnis der Verwaltung gebracht. Das müsse geschehen. Die Befestigung sei erfolgt wegen Disziplinarwidrigkeit in dem Ton der Bittschriften.

Minister Thiele äußert Bedenken gegen die Zweckmäßigkeit der im Reichstage angeregten parlamentarischen Untersuchungskommission. Das von den angelagerten Beamten viele freigesprochen werden, liegt in der Natur des Sache. Es muß der Staatsanwaltschaft von jedem Unfall telegraphisch Kenntnis gegeben werden; sie sammelt das zur Anklage Erhebung geeignete Material und wenn dann die Anklage zur Verhandlung kommt, ist gewöhnlich so lange Zeit verstrichen, daß der Thatbestand nicht mehr mit Sicherheit festgestellt werden kann. Die angebliche Erbitterung ist nur eine Folge der sozialdemokratischen Verhetzung unseres brauen Beamtenstandes.

Dass die Beamtenstellungen durch die Verstaatlichung erheblich besser geworden sind, ist eine unbekritische Thatache. Bei der kleinen hessischen Ludwigsbahn betragen die Gehaltsverhöungen zur Gleichstellung der Beamten mit den preußischen 1½ Millionen. Die Loslösung des Wasserbaus liegt augenblicklich dem Staatsministerium zur Beschlussfassung vor.

Abg. Ritter (fr. Bg.): findet die Unzufriedenheit namentlich der Unterbeamten bei den Eisenbahnen begreiflich; diese seien bei den vorjährigen Gehaltsaufbesser





